

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 89 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Horst Peter MdB zur aktuellen deutsch-deutschen Entwicklung: Wahltermin-Putsch soll von Kohl/de Maiziere-Misere ablenken.

Seite 1

Manfred Opel MdB zur Wirkung der Lex-DSU: Ende der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU?

Seite 3

Max von Heckel MdL zum Umgang des Müncher Finanzamts mit dem Titelhändler Weyer: Freistaat Bayern "schenkt" dem schönen Konsul eine Million.

Seite 4

45. Jahrgang / 148

7. August 1990

Wahltermin-Putsch soll von Kohl/de Maiziere-Misere ablenken

Zur aktuellen deutsch-deutschen Entwicklung

Von Horst Peter MdB

Die Konservativen haben dieses Land noch nie ordentlich und seriös regiert. Dies wird mit der Sondergesetzgebung für die Wahlchancen von DSU/CSU und jetzt mit dem Wahlterminputsch wieder einmal deutlich. Der Zug der deutschen Einheit droht zu entgleisen. Statt die Notbremse zu ziehen, versuchen die Konservativen um Kohl und de Maiziere das Tempo zu beschleunigen, damit den Leuten schwindlig wird und sie den Schwindel nicht bemerken.

Mit einer "Wunderwaffen-Mentalität" wollen sie den Menschen in der DDR glauben machen, mit dem jeweils nächsten angekündigten Schritt werde das ökonomische Desaster beendet. Die ideologische Verblendung der Regierung hat dazu geführt, daß sie den Leuten in der DDR nicht nur vorgegaukelt, sondern sie selbst auch daran geglaubt hat, daß mit der Einführung der DM und dem Versprechen der staatlichen Einheit die Probleme gelöst wären. Der 1. Juli und die Einführung der DM ist als Hoffnungsmoment und Problemlöser nach einem Monat schon verbraucht, ebenso der Wahltermin 2.12. Die Wunderheiler um Kohl und de Maiziere kurieren mit untauglichen Mitteln: eine Bundestagswahl am 14.10. trägt nichts zur Lösung der ökonomischen Probleme der DDR bei.

Der Wahlterminputsch ist das politisch-parlamentarische Eingeständnis des ökonomischen und sozialen Scheiterns des Blitzanschluß-Kurses von CDU/CSU/FDP und der DDR-Block-Partei CDU. Diese Verantwortungsflut soll die inzwischen von Bonn aus gemachte ökonomische Krise der DDR übertünchen, denn die ökonomische Situation der DDR ist nicht mehr nur Ergebnis des Scheiterns der SED-Realökonomie. Als eigenständiger, krisenverschärfender und krisendominanter Moment wirkt inzwischen die Politik der Bundesregierung. Die von der SED hinterlassene Erblast wirkt wie ein Federgewicht gegenüber der ökonomischen-sozialen Überlastung der DDR mit der fatalen Kombination aus marktwirtschaftlichen Laborversuchen und reformerischer Impotenz von Kohl und de Maiziere. Kohl hat die Einheit behandelt wie die letzte günstige Gelegenheit im Sommerschlußverkauf und sich brutal unter Einsatz aller Ellenbogen durchgedrängt, statt die DDR sozialverträglich

und

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügbar unter
alternativen Bezeichnungen
Recycling-Paper



schonend mit dem Wirtschaftsraum der Bundesrepublik zu verbinden. Seinen Ruhm und seine Wahlchancen hat er über die Lebenschancen der Bürgerinnen und Bürger der DDR gestellt. Er wollte um jeden Preis für die Bürgerinnen und Bürger der DDR - der Kanzler der Einheit sein.

Gescheitert ist die politische Konzeption Kohls, die "Wiedervereinigung" zu einem abstrakten Politikziel an sich zu überhöhen und als diplomatisch-staatspolitisches Hoch- und Staatsaktion zu vollziehen. Die reformpolitische Leere, die soziale und ökonomische Kälte und die ökologische Abstinenz der Politik der Bundesregierung im Stammterritorium Bundesrepublik weisen darauf hin, daß die Bundesregierung nie verstanden hat, daß die reale Wiedervereinigung, die wirkliche große nationale Aufgabe nach der staatspolitischen Ratifizierung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erst noch bevorsteht. So ist die mangelnde Reformfähigkeit - und Bereitschaft der Bundesregierung zum entscheidenden ökonomischen und sozialen Hindernis der Gesundung der DDR-Ökonomie und der realen Wiedervereinigung gemäß des Verfassungsauftrages geworden und die nationalen Zauberlehrlinge werden der marktwirtschaftlichen Geister nicht mehr Herr, die sie gerufen haben.

Gescheitert ist der Versuch, den Anschluß als Übernahme nach dem Muster eines Unternehmens-takeover in den USA zu gestalten. Das zur Ausschlichtung freigegebene Unternehmen, daß den Anschluß selbst finanzieren soll, benötigt ständig neues frisches Geld, damit der Konkurs soweit wie möglich hinausgeschoben werden kann. Anstatt einen harten Schlußstrich unter eine gescheiterte Politik zu ziehen und Schaden und Kosten zu begrenzen, wollen die Konkursbetrüger Kohl und de Maiziere erst nach der Wahl die Hosen runterlassen, soll der Gang zum Konkursrichter bis zum Tag nach der Wahl aufgeschoben werden.

Gescheitert sind die staatsmännischen Posen von Kohl und de Maiziere. Mit der Verantwortungsfucht von Kohl und seinem DDR-Prokonsul hat sich auch die Aura des nationalen Staatsmanns Kohl und die Aura des preußisch-sturen Interessenwahrers der DDR-Bürger und Biedermanns de Maiziere verflüchtigt. Beide sind zurückgekehrt in die Niederungen der Macht - und Parteipolitik. Von Kohl konnte nichts anderes erwartet werden und nur kurze Zeit konnte er die Menschen von seinen neuen Kleidern überzeugen.

De Maiziere wollte die Übergabe angeblich mit Würde und Anstand vollziehen. Noch am 30. Juli 1990 erklärte er im Spiegel auf die Frage, ob es beim Wahltermin 2.12. bleiben: "Ja. Die Menschen müssen ja Bescheid wissen."

Nun hat er sich von Kohl zur wahltaktischen Pulcinella degradieren lassen. Die Ost-CDU und ihr Chef können ihre Blockparteiloyalität nicht ablegen. 40 Jahre lang hat sie sich als Flankenschutz von der SED einspannen lassen, jetzt geht sie im Joch der West-CDU.

Den Bürgerinnen und Bürgern der DDR wird mit einem Wahltermin im Oktober, der identisch ist mit dem Termin der Landtagswahlen, die Chance genommen, endlich einmal über DDR-Politik abstimmen zu können. Eine Zusammenlegung der Wahltermine entwertet die Landtagswahlen zur Abstimmung über Kohls politisches Überleben.

Gescheitert ist der Versuch, in Bonn zu bestimmen, und in Berlin einen Gouverneur die Verantwortung tragen zu lassen. Wenn Kohl jetzt die Gesamtverantwortung ohne Einschaltung von Wasserträgern übernehmen will, wenn nur so nach Ansicht von Kohl die durch die Politik der Bundesregierung erzeugte Not der DDR gewendet werden kann, dann ist der Sofortanschluß nach Art. 23 GG als Notstandsmaßnahme das Mittel der Wahl. Die Fiktion der Selbständigkeit der DDR würde dann zugunsten der Realität aufgegeben. Einer sofortigen Wahl bedarf es dafür nicht.

Wenn Kohl einsieht, daß seine Politik gescheitert ist und die Verantwortung in andere durch Wahl und parlamentarisch legitimierte Hände übergeben will, dann bedarf dies der vorhergehenden Beurkundung. Den Gang zum Notar dürfen wir Kohl nicht ersparen.

Schon wenige Wochen nach der Abstimmung und nach Eintritt des Ereignisses am 1. Juli rechtfertigt sich die Ablehnung des Staatsvertrages durch 25 Abgeordnete der SPD. Für die SPD gibt es keinen einsichtsfähigen Grund, einem Wahltermin 14.10.1990 zuzustimmen, solange Kohl nicht das Scheitern seiner Politik erklärt hat und das wirtschafts- und finanzpolitische Halali blasen läßt.

Lassen wir uns nicht von Kohl beeindrucken. Er hat nicht das Format von Bismarck und ähnelt diesem nur in der Unverfrorenheit, mit der er die Gegner seiner Form der Einheitspolitik zu Gegnern der nationalen Einheit erklärt. Auch Bismarck erklärte alle, die gegen seine Form der Reichseinigung auftraten, zu Reichsfeinden: Sozialdemokraten, Katholiken, Juden, Welfen, Großdeutsche, Dänen, Elsässer, Polen. Solchen überriessenen

Gleichsetzungen und den gesinnungstüchtigen Schlagworten des jüngsten Teutonismus wird die SPD allerdings widerstehen müssen. Und wie Bismarck hat auch Kohl keine Indemnitätsvorlage verdient.

Ganz im Gegenteil. Der versuchte Ausschluß der Träger der Novemberbewegung aus dem Kreis der Parteien mit ernsthaften Wahlchancen macht deutlich, wie nötig die Bundesrepublik eine demokratische Bewegung und Umgestaltung von Format der DDR-Revolution hat, wie notwendig eine demokratische Fortentwicklung der Bundesrepublik ist. Es ist dabei fast von klassischer Tragik, daß die DDR-Revolution im Sumpf der DSU-Sondargesetzgebung endet. Die Rolle, die de Maiziere vorübergehend okkupiert hatte und in diesen Tagen verspielt hat, wird wieder an das Bündnis 90 zurückfallen. Mit der Einigung zwischen Grünen und Bündnis 90 besteht die Chance, daß sich die authentischen Positionen und Bewegungen der DDR-Revolution weiterhin in den politischen Prozeß einbringen können und sich nicht PDS oder gar deren Blockverbündete CDU als Verwalter und Erben des November 89 aufspielen können.

(-/7. August 1990/rs/fr)

Ende der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU? Zur Wirkung der Lex-DSU

Von Manfred Opel MdB

Der letztendlich gefundene Kompromiß beim Wahlmodus für die ersten gesamtdeutschen Wahlen könnte zu einer bislang wohl nicht bedachten Konsequenz führen, nämlich zum Ende der Fraktionsgemeinschaft der Unionsparteien im Bundestag.

Nach dem geplanten Wahlrecht dürfen nur Parteien Listenverbindungen miteinander eingehen, die in keinem der Wahlgebiete - den Bundesländern - mit einander konkurrieren. Es ist klar, daß nur die DSU, die DDR-Schwesterpartei der CSU, davon profitieren wird. Die CSU wird weiter nur in Bayern kandidieren, die DSU dafür wohl nur in Thüringen und Sachsen. Mit Fug und Recht kann von einer "Lex DSU", einem Sondergesetz nur für diese Partei, gesprochen werden.

Soweit, so gut, könnten die Unionsstrategen nun meinen. Aber einen Haken könnte es für die Unionsparteien doch geben: Nach § 10 Absatz 1 der geltenden Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dürfen sich verschiedene Parteien nur dann zu einer einheitlichen Fraktion zusammenschließen, wenn sie "auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen."

Wenn aber nun die DSU als Listenverbindung DSU/CSU in Thüringen und Sachsen kandidieren sollte, müßte nicht nur die CSU, sondern auch die CDU darauf verzichten, ebenfalls in diesen Ländern zu kandidieren. Andernfalls stünden CDU und DSU/CSU in diesen Ländern miteinander im Wettbewerb und könnten dann grundsätzlich im gesamtdeutschen Bundestag keine einheitliche Fraktion mehr bilden.

Es bleibe den Unionsparteien nur die Möglichkeit, gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung die Zustimmung des Bundestages zu erbitten, falls sie sich dennoch - abweichend von Satz 1 der genannten Vorschrift - zu einer Fraktion zusammenschließen wollen.

Führt somit das neue Wahlrecht zur späten Verwirklichung des denkwürdigen Kreuther Trennungsbeschlusses? Oder wird die CDU zur Rettung der Union bereit sein, auf Kandidaturen in einzelnen Ländern ganz zu verzichten?

Man darf gespannt sein.

(-/7. August 1990/rs/fr)

Freistaat Bayern "schenkt" dem schönen Konsul eine Million
Zum Umgang des Münchner Finanzamtes mit dem Titelhändler Weyer

Von Manx von Heckel MdL

Das Finanzamt München scheint ein besonderes Herz für Konzern-Chefs und "schöne Konsulin" zu haben. Nachdem die Finanzbehörde dem ehemaligen Strauß-Spezi, dem "Wienerwald"-Boß Jahn, Steuern in Höhe von mindestens zehn Millionen Mark erlassen hatte, erhält nun der "schöne Konsul" Hermann Weyer die Gnade der fürsorglichen Behandlung durch das Finanzamt München. Unter der Steuernummer 526/17368 teilt der Fiskus dem Titelhändler mit: "Nach erneuter Überarbeitung des gesamten Streitfalls beabsichtige ich die strittigen Steuerfestsetzungen um 1.074.030 Mark zu vermindern".

In einer schriftlichen Anfrage an die Staatsregierung verlange ich einen Bericht über diesen befremdlichen Vorgang. Wie kommt das Finanzamt München dazu, von rechtskräftig festgesetzten und beigetriebenen Einkommens-, Umsatz- und Gewerbesteuern dem Konsul Weyer rund die Hälfte, nämlich fast 1,1 Millionen Mark zurückzuzahlen? Schließlich hat Weyer nie ordnungsgemäß Bücher geführt.

Wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Steuerhinterziehung wurde der jetzt 51jährige Weyer von der bayerischen Justiz gesucht. 1980 hatte sich der "Deutsche Freiheitspartei"-Gründer, der jahrelang geltungssüchtigen Kunden akademische Titel, Diplomatenpässe, Adelstitel und dekorative Orden verschaffte, nach Paraguay abgesetzt. Bereits 1983 tönte der "schöne Konsul" in einem Brief an das Münchner Büro der Nachrichtenagentur AP, daß er schon wieder "genau fünf Millionen Mark" verdient habe. Inzwischen, so ist zu vermuten, dürften noch ein paar Millionen dazu gekommen sein.

Es ist sicherlich abwegig anzunehmen, daß der Fiskus dem Konsul Weyer ein millionenschweres Steuergeschenk macht, damit sich die Bayerische Staatsregierung Kosten bei der Ordensbeschaffung spart. Sind es dann Gefälligkeiten unter Freunden? Finanzminister Tandler ist zu fragen, ob andere Steuerpflichtige mit einem ähnlichen Entgegenkommen bayerischer Finanzbehörden rechnen können. Weiter will ich Auskunft darüber, ob es einen politischen Einfluß bei der Besteuerung des Herrn Weyer gab und ob das Finanzamt München und das bayerische Finanzministerium zusammengewirkt haben.

Seit seiner Steuerflucht aus München lebte Hans Hermann Weyer in den feinsten Kreisen von Paraguay. Die mächtigsten Männer dieses Landes schützen ihn und hielten die Behörden zum Narren. Und jetzt erläßt der bayerische Staat diesem Herrn eine Million Mark Steuern. Das Vertrauen der übergroßen Mehrheit von Arbeitnehmern, die brav ihre Steuern bezahlen, ist nach diesen mysteriösen Vorgängen im Unterholz des "Wienerwaldes" und den steuerfreien Titelgeschäften des Herrn W. erheblich erschüttert.

(-/3. August 1990/rs/fr)
